

AVIS

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics

Administration des ponts et chaussées

Division des travaux neufs

Avis de marché

Procédure : ouverte

Type de marché : travaux

Ouverture le 29/05/2019 à 10:00.

Lieu d'ouverture :

Administration des ponts et chaussées,
Division des travaux neufs
21, rue du Chemin de Fer
à L-8057 Bertrange dans le
bâtiment H1, 2e étage

Intitulé : Transformation du carrefour giratoire Sandweiler Ouest en giratoire turbo.

Description : Adaptations géométriques du giratoire et des voies d'approche. Renouvellement de canalisations, déplacement de réseaux.
Pose de bordures.

Travaux de terrassement : 7.500 m³
Enrobés bitumineux : 5.000 tonnes
Coffre de chaussée en 0/45 : 3.500 m³
Canalisations en béton armé, divers diamètres : 660 m
Conduites d'eau potable en fonte ductile : 700 m
Fourniture et pose de gabions : 80 m³

Début/durée prévisible :
novembre 2019 pour une durée de
105 jours ouvrables.

Conditions d'obtention du dossier de soumission : Les documents de soumission peuvent être téléchargés à partir du portail des marchés publics (www.pmp.lu)

Réception des offres : Les offres portant l'inscription « Soumission pour la 'Transformation du carrefour giratoire Sandweiler Ouest en giratoire turbo' » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture. Les offres peuvent également être remises de manière électronique par le biais du portail des marchés publics.

Date de publication de l'avis 1900616 sur www.marches-publics.lu :
18/04/2019



Avis de marché

Procédure : européenne ouverte

Type de marché : travaux

Modalités d'ouverture des offres :

Date: 22/05/2019 Heure: 10:00

Lieu: Le Fonds Belval

1, avenue du Rock'n'Roll

L-4361 Esch-sur-Alzette

tél. : +352 26840-1

email : soumission@fonds-belval.lu

SECTION II : OBJET DU MARCHÉ

Description succincte du marché :

Soumission relative aux travaux de sols souples dans l'intérêt du bâtiment Laboratoires aile sud à Esch -Belval.

SECTION IV : PROCÉDURE

Conditions d'obtention du cahier des charges :

Dossier de soumission à télécharger gratuitement sur le portail des marchés publics (www.pmp.lu).

SECTION VI : RENSEIGNEMENTS COMPLÉMENTAIRES

Autres informations :

Conditions de participation :

Les conditions de participation sont précisées au cahier des charges.

Réception des offres :

La remise électronique des offres sur le portail des marchés publics (www.pmp.lu) est obligatoire pour cette soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :

19/04/2019

La version intégrale de l'avis

n° 1900630 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

POLITESCHT BUCH

INFORMATIONEN FÜR FRAUEN

Kristina Hänel und der §219a

Isabel Spigarelli

Weil sie auf ihrer Website Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen bereitstellte, wurde die Gießener Gynäkologin Kristina Hänel 2017 zu einer Geldstrafe verurteilt. In ihrem Tagebuch „Das Politische ist persönlich“ dokumentiert sie ihren Einsatz für das Informationsrecht und die Spuren, die er hinterlässt.

Ein gelber Briefumschlag brachte den Stein ins Rollen: „Auf dem Küchentisch liegt ein gelber Brief, mit Stempel drauf. Na ja, mal schnell aufmachen, wird schon irgendwas Offizielles sein, sonst wäre er nicht so gelb.“ Das schrieb Kristina Hänel Anfang August 2017. Mit dem gelben Umschlag kam die Ladung zum Gerichtstermin: Hänel wurde wegen Werbung für den Schwangerschaftsabbruch (§219a) angezeigt und drei Monate später verurteilt. Sie hatte eine PDF-Datei mit Behandlungsmöglichkeiten und allgemeinen Informationen auf die Praxis-Website hochgeladen. Die dürften betroffenen Frauen laut Gesetz aber nur persönlich auf Nachfrage per Mail zugeschickt werden.

Hänel ging mit ihrem Fall an die Öffentlichkeit und sammelte rund 150.000 Unterschriften für die Streichung des Paragraphen, die sie dem Deutschen Bundestag übergab. Nicht aus Eigeninteresse, sondern um Frauen den Informationszugang zu

Schwangerschaftsabbrüchen zu erleichtern. Oft sei der Abbruch die einzige Lösung, der Weg dahin durch das restriktive Informationsgesetz aber lang und kompliziert. Hänel weckte die Debatte um das „Werbeverbot“ aus dem Dornröschenschlaf.

Der §219a ging in der damaligen Form auf eine Norm zurück, die die nationalsozialistische Partei 1933 bei der Machtübernahme einführte. Der Schwangerschaftsabbruch war zu der Zeit verboten. Heute ist er in Deutschland in der Regel rechtswidrig, unter bestimmten Bedingungen (Beratung im Vorfeld, Fristeneinhaltung) aber nicht mehr strafbar.

Im Februar 2019 wurde die Reform des Paragraphen 219a vom Bundestag verabschiedet: Arztpraxen dürfen inzwischen öffentlich angeben, dass sie Abbrüche durchführen. Die Bundesärztekammer soll ein zentrales Register von Einrichtungen und Ärzt*innen erstellen, inklusive der angebotenen Abbruchmethoden. Den Ärzt*innen selbst bleibt es weiterhin untersagt, öffentlich über die Behandlungsmöglichkeiten aufzuklären oder zu präzisieren, welche Methoden sie durchführen.

Gesundheitsminister Jens Spahn gab zudem im Zuge der Debatte um die Reform des §219a eine umstrittene Studie zu seelischen Langzeitfolgen eines Schwangerschaftsabbruchs in



COPYRIGHT: HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG BERLIN, DEUTSCHLAND [CC BY-SA 2.0]

Auftrag. Die Kosten sollen sich Medienberichten zufolge auf fünf Millionen belaufen.

Hänel gilt als Leitfigur der Bewegung gegen den anachronistischen Paragrafen

Eine Streichung des Paragrafen, wie sie Hänel und Sympathisant*innen fordern, wurde nicht vorgenommen. Die Ärztin gilt dennoch als Leitfigur der Bewegung gegen den anachronistischen Paragrafen und für ein liberales Informationsrecht. Es ist eine undankbare Position, die sie in ihrem Tagebuch detailreich und offen beschreibt. Abtreibungsgegner*innen begegnen ihr mit Hass. Manche drohen ihr per Mail mit Mord. Doch Hänel illustriert in ihrem Tagebuch nicht nur das gesellschaftliche und politische Misstrauen Frauen und Ärzt*innen gegenüber. Das Tagebuch wirft weitere gesellschaftsrelevante Fragen auf.

An einer Stelle geht es um ihren Petitionstext zur Streichung des Paragrafen. Hänel fragt sich: „Ich bin ja angeklagt, was darf man da sagen und was nicht?“ Ihre erste Anwältin rät ihr, beim Prozess zu schweigen, um sich nicht selbst zu belasten. Sie aber spürt, dass sie etwas sagen

muss. Der Seiltanz zwischen dem, was man sagen darf, und dem, was verschwiegen gehört, ist prägend für die Causa Hänel.

Eine Praxis, die leicht zugängliche, sachliche Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen auf ihrer Website weitergibt, wird verurteilt. Gleichzeitig dürfen die Betreiber*innen der Seite Babycaust, die mit unkommentierten Bildern toter Säuglinge vor Abbrüchen abschrecken will sowie einen fragwürdigen Vergleich zwischen Holocaust-Opfern und abgetriebenen Embryos zieht, ihre vorwiegend emotional motivierten Argumente im Zeichen der Meinungsfreiheit offen darbieten.

Auch, wenn die Webseite in der Vergangenheit mehrfach wegen nicht jugendfreier, frei zugänglicher Bilder indiziert wurde. Eine kuriose Welt, in der die neutrale Weitergabe von Informationen bestraft wird, während die Gesetzgebung die Stimmungsmache gegen Schwangerschaftsabbrecherin-

nen indirekt billigt. Ironischerweise stellen sowohl die Babycaust-Fraktion – empört über die Indizierung – als auch Hänel fest, dass bei dem Thema mit zweierlei Maß gemessen wird. Mit dem bedeutenden Unterschied, dass Hänel sich für das Informationsrecht einsetzt, während die Babycaust-Unterstützer*innen online gegen die Ärztin hetzen, der inzwischen die Rolle der „Abtreibungsärztin“ anhaftet. Besonders die Medien festigten dieses Bild.

Hänel lobt die Pressevertreter*innen in ihrem Buch wiederholt für ihre Unterstützung und für ihre Pünktlichkeit bei vereinbarten Treffen. Ganz nebenbei schildert sie jedoch auch die Kehrseite der Begegnungen: das Drängeln um Exklusivrechte, das Drängen nach einem Porträt trotz ihrer Bedenken, die Suggestivfragen einer aufdringlichen Journalistin, interne Machtspielen. Hänel schreibt auch über die Verlagssuche zur Publikation ihres Tagebuchs. Fischer lehnte das

Manuskript ab, weil da nichts Neues drinstünde und „man das alles bereits aus den Medien“ kenne.

Das Buch erschien 2019 schließlich beim Argument Verlag, einem unabhängigen politischen Kleinverlag. Hänels Erfahrungen halten der Medien- und Verlagsbranche einen Spiegel vor. Der Anblick ist abstoßend: Er deckt ihre Sensationsgier auf und offenbart die Geldzeichen in ihren Augen.

Umso wichtiger erscheint Hänels Buch. Es ist der Versuch, die Privatperson hinter dem medialen und politischen Tohuwabohu zu zeigen. Der Text wirkt durch die oft zusammenhanglosen Verweise auf Hänels großes soziales Engagement zwar stellenweise affektiert – manchmal liegt es einem auf der Zunge zu sagen: „Kristina, du musst dich vor mir nicht verteidigen“, – doch gleichzeitig bietet Hänel einen intimen Einblick in ihren Alltag, der während und nach dem Prozess oft von Ängsten, Tränen und schlaflosen Nächten begleitet wurde.

Auch die Etappensiege und die schönen Momente finden in dem Buch Platz. Hänel teilt ihr Schicksal und das anonymisierter Frauen und Paare, die sie wegen der Abbrüche aufsuchen. Ihnen allen gibt sie ihre Stimme.

Die luxemburgische Regierung spricht sich für den freien Informationszugang zu Schwangerschaftsabbrüchen aus. Die Infos und eine Liste der zugelassenen Einrichtungen sind online verfügbar. Ein explizites „Werbeverbot“ wie in Deutschland gibt es hierzulande nicht. Es gelten die allgemeinen Vorgaben aus dem Code de déontologie médicale.